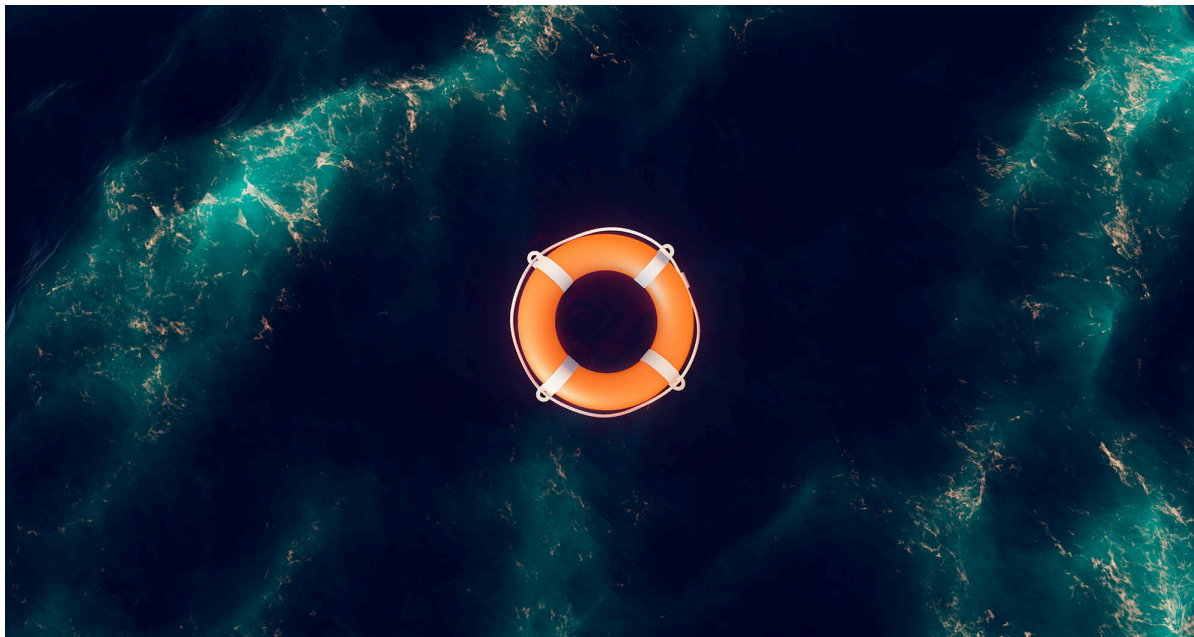


Turning point

ETHOS-NEWSLETTER ZU GOVERNANCE UND NACHHALTIGKEIT



Das Wichtigste des Monats in 30 Sekunden

- **Lex UBS:** Der Ständerat verlangt, dass die ausländischen Tochtergesellschaften der UBS zu 90 % mit hartem Kernkapital (CET1) unterlegt werden. Unser Editorial erklärt, warum das eine gute Nachricht für Sparerinnen und Sparer sowie für die Steuerzahlenden ist.
- **Klima:** Gemäss dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) ist das 1.5-°C-Ziel endgültig ausser Reichweite. Die aktuelle Politik führt bis 2100 zu einer Erwärmung um 2.6 °C, was für die Schweiz fast 5 °C bedeuten könnte.
- **Aktionariatsrechte unter Druck:** Die US-Börsenaufsicht SEC schlägt vor, die Rule 14a-8 aufzuheben. Diese verpflichtet Unternehmen, Aktionärsanträge, die bestimmte Kriterien erfüllen, an der Generalversammlung zur Abstimmung zu bringen.
- **Good News:** Nachhaltige Fonds haben im ersten Halbjahr 2026 besser abgeschnitten, mit einer Medianrendite von 4.9 % gegenüber 4.0 % bei traditionellen Fonds (Morgan Stanley).
- **Engagement:** Ethos schliesst sich der Koalition «Healthy Markets» von ShareAction an, die rund zehn grosse Lebensmittelhersteller ins Visier nimmt, darunter Nestlé.
- **Generalversammlungen:** Infomaniak geht via Perrot Duval an die Börse, und das

Aktionariat von Leonteq genehmigt einen Aktienrückkauf, den Ethos abgelehnt hatte.

- **Zahl des Monats:** 2.1 Milliarden Franken an verlorener Arbeitsproduktivität kostete der Hitzesommer 2026 die Schweiz, rund dreimal so viel wie ein durchschnittlicher Sommer.

EDITORIAL : Lex UBS, eine erste Runde für die Stabilität

Am 23. September hat der Ständerat die Führungsspitze der UBS gehörig verärgert: Er entschied sich für die Variante, wonach die Grossbank ihre ausländischen Tochtergesellschaften zu 90 % mit hartem Kernkapital (CET1) unterlegen muss. Die Bank, die eine Unterlegung mit 50 % CET1 und 50 % zusätzlichem Kernkapital (AT1) befürwortet hatte, reagierte umgehend. Sie sprach von einem «politischen Entscheid» und warnte vor einer «weiteren übermässigen Verschärfung» von Regeln, die bereits zu den strengsten der Welt zählen. Drei Tage zuvor hatte ihr CEO in einem [Interview mit der NZZ](#) sogar gewarnt, diese Variante laufe auf «zwei blaue Augen und eine gebrochene Nase» hinaus. Für die Ethos Stiftung und alle, die sich für einen stabilen und nachhaltigen Schweizer Finanzplatz einsetzen, ist dies hingegen eine gute Nachricht. Kein K.-o.-Sieg, denn es geht hier nicht um einen Kampf gegen die UBS, wie der CEO zu glauben scheint, sondern um die Verteidigung des Gemeinwohls und der langfristigen Stabilität.

Seit der Megafusion von UBS und Schweizerischem Bankverein im Jahr 1998 warnt Ethos unablässig vor den Systemrisiken, die von Banken ausgehen, die «too big to fail» geworden sind ([siehe Historie](#)). Die Schwachstellen waren durchaus bekannt: riskante Wetten im Investment Banking in den USA; die Vorliebe für hybride Instrumente (CoCos, AT1), die eine Vertrauenskrise beschleunigen können; überteuerte Vergütungssysteme, deren Kriterien die Führungskräfte dazu anreizen, mit einer möglichst schmalen Kapitalbasis immer höhere Gewinne zu erzielen.

Angesichts dieser Schwachstellen hat sich Ethos stets für mehr und solideres hartes Eigenkapital eingesetzt, mit einem einzigen Ziel: die Interessen langfristig ausgerichteter Investoren wie der Pensionskassen zu schützen und damit auch jene aller Destinatäre der beruflichen Vorsorge und der übrigen Anspruchsgruppen, allen voran der Schweizer Steuerzahlenden.

In der Zwischenzeit mussten die Schweiz und ihre Bürgerinnen und Bürger den Grossbanken des Landes zweimal mit Milliarden Franken zu Hilfe eilen. Ein erstes Mal 2008, als sie die in der US-Subprime-Krise verstrickte UBS retteten. Ein zweites Mal 2023, als sie es der UBS ermöglichten, ihre historische Rivalin Credit Suisse für ein Butterbrot zu übernehmen, nachdem diese nach einer Serie von Skandalen das Vertrauen ihrer Kundschaft verspielt hatte.

Laut UBS verpflichtet sie der Kompromiss des Ständerats, innert sieben Jahren zusätzliches Kapital von rund 16 Milliarden US-Dollar aufzubauen. 2025 erzielte die Bank, die noch mit der Integration der Credit Suisse beschäftigt ist, einen Gewinn von 7.7 Milliarden US-Dollar, wovon fast die Hälfte als Dividende an das Aktionariat ausgeschüttet wurde. In diesem Tempo könnte sie die Anforderungen in etwas weniger als fünf Jahren erfüllen.

Die UBS droht mit sinkender Rentabilität und beruft sich darauf, dass sie die Kosten des zusätzlichen Eigenkapitals auf die Kundschaft abwälzen müsse. Dabei verfügt die Bank über andere Hebel, allen voran eine Überarbeitung des Vergütungssystems. Die 755 Bestverdienenden teilten sich 2025 insgesamt 1.6 Milliarden US-Dollar, davon 1 Milliarde variable Vergütung, im Durchschnitt also mehr als 2 Millionen US-Dollar pro Person. Das heutige System verleitet diese Führungskräfte dazu, mit einem Minimum an Eigenkapital ein Maximum an Gewinn zu erzielen. Das ist, als würde man einen Ozeandampfer mit zu wenigen Rettungsbooten ausstatten, damit er schneller fährt, im Glauben, er sei unsinkbar. Bei schönem Wetter sind alle zufrieden. Wird die See jedoch rau oder trifft das Schiff auf einen Eisberg, springt das Management als Erstes in die Rettungsboote und lässt Aktionariat und Steuerzahlende mit dem Schiff untergehen.

Wir freuen uns, dass sich die Mitglieder des Ständerats vom unablässigen, ja aggressiven Lobbying der Grossbank nicht haben beeindrucken lassen. Bleibt zu hoffen, dass dieser Mut auch in der zweiten Runde im Nationalrat anhält. Das ist weder Dogmatismus noch gar ein Kesseltreiben gegen die UBS und ihre Führung. Es geht schlicht darum, die Interessen der Schweizer Bevölkerung und des Aktionariats zu schützen und sicherzustellen, dass der Ozeandampfer über genügend Rettungsboote verfügt.



WICHTIGE NACHRICHTEN

Es ist zweifellos die wichtigste Nachricht des vergangenen Monats: Das Ziel, die Klimaerwärmung auf 1.5 °C gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen, ist gemäss einem [Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen](#) (UNEP) endgültig ausser Reichweite. Im besten Fall dürfte sich die Erwärmung laut UNEP bei rund 1.8 °C einpendeln. Die aktuelle Politik lässt bis 2100 sogar eine Erwärmung um 2.6 °C erwarten. Nicht alle Länder sind davon gleichermassen betroffen. Für die Schweiz könnte ein solches Szenario gemäss der [offiziellen Website von MeteoSchweiz](#) einen Temperaturanstieg von fast 5 °C bedeuten, denn das Land erwärmt sich doppelt so schnell wie der globale Durchschnitt.

Zufall oder nicht: Ein weiterer [Bericht der Vereinten Nationen](#) zeigt, dass die gleichzeitige Bekämpfung von Luftverschmutzung und Klimawandel das weltweite Bruttoinlandprodukt

(BIP) bis 2035 um 2.8 % und bis 2050 um 4.5 % steigern könnte. Die 25 identifizierten Massnahmen (erneuerbare Energien, Elektrofahrzeuge, sauberere Kochmethoden usw.) würden im kommenden Jahrzehnt rund 0.7 % des weltweiten BIP kosten. Dafür brächten sie für jeden investierten Dollar rund 15 Dollar an wirtschaftlichem Nutzen, dank tieferer Gesundheitskosten, höherer Arbeitsproduktivität, vermiedener Schäden und einer besseren Gesundheit.

Würde das Handeln um ein Jahr hinausgeschoben, entginge der Welt gemäss dem Bericht ein Nutzen von über 1'500 Milliarden Dollar pro Jahr. Zudem hält er fest, dass Klimawandel und Luftverschmutzung viele gemeinsame Ursachen haben.

Unterdessen hat die US-Umweltschutzbehörde (EPA), die ihrem Namen wohl noch nie so wenig gerecht wurde, [die Aufhebung der Treibhausgasgrenzwerte für fossile Kraftwerke](#) angekündigt. Sie macht damit die unter der Regierung Biden erlassenen Regeln rückgängig, die bestehende Kohlekraftwerke und neue Gaskraftwerke verpflichteten, ihre CO₂-Emissionen ab den 2030er-Jahren deutlich zu senken. Die fossile Energiebranche begrüsst die Entscheid, Umweltorganisationen bereiten Klagen vor.

Auch die Kampagne gegen ESG-Kriterien (Umwelt, Soziales und Governance) geht in den USA unvermindert weiter. Wenig überraschend hat die Börsenaufsicht Securities and Exchange Commission (SEC) vorgeschlagen, die [Rule 14a-8 aufzuheben](#). Diese erlaubt es dem Aktionariat kotierter Unternehmen, Anträge zur Abstimmung an der Generalversammlung (GV) einzureichen, namentlich zu Nachhaltigkeits- und Governance-Themen. Die SEC begründet ihren Vorschlag damit, dass die Regel ihre Kompetenzen überschreite und in die Gesetzgebung der Bundesstaaten eingreife. Ihr [Präsident hatte zuvor allerdings erklärt](#), die Abschaffung solle die Generalversammlungen entpolitisieren. Dabei verwies er auf ESG-Anträge, die einen erheblichen Teil der Zeit des Managements beanspruchten und den Unternehmen Kosten verursachten.

Am 4. September hat die [SEC zudem den Stimmrechtsberater ISS vor einem Bundesgericht in Pennsylvania verklagt](#), um ihn zur Befolgung einer Vorladung (Subpoena) zu zwingen. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, in dem die Regierung Trump die Branche verstärkt ins Visier nimmt. Die SEC wirft ISS vor, nicht alle angeforderten Unterlagen zu ihren Empfehlungen und ihrer Stimmrechtstätigkeit eingereicht zu haben. ISS hingegen ist der Ansicht, die Forderung werfe Fragen zum Ersten Verfassungszusatz auf und könne das Unternehmen und seine Kundschaft Vergeltungsmassnahmen für ihr Abstimmungsverhalten aussetzen.

In der Europäischen Union (EU) brauchen Anbieter von ESG-Ratings künftig eine Zulassung der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA). Die neue Regelung, die am 2. Juli in Kraft getreten ist, verlangt von ihnen Transparenz und eine organisatorische Trennung der Tätigkeiten. Die Anbieter müssen der ESMA bis zum 2. November mitteilen, dass sie eine Zulassung beantragen wollen. Gemäss einem [\(kostenpflichtigen\) Artikel](#) von Responsible Investor hatten sich bis Mitte September bereits 109 Anbieter gemeldet, davon 90 mit Sitz in der EU.

In Genf schliesslich hat die «Haute école de gestion de Genève» (HEG) ihr [«Baromètre RSE 2026»](#) veröffentlicht, das die Entwicklung der Nachhaltigkeits- und Dekarbonisierungspraktiken lokaler kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) misst. Die alle

zwei Jahre von Studierenden durchgeführte Studie zeigt ein wachsendes Engagement: Keine der untersuchten Organisationen ist heute mehr ohne CSR-Ansatz, und 82 % verfügen über eine formalisierte Richtlinie. Zwischen Anspruch und Praxis klafft jedoch weiterhin eine Lücke, vor allem bei den sozialen und den Governance-Aspekten, während Umwelt und Dekarbonisierung zur Priorität werden.

Am 16. September 2026 hat die Lausanner Wirtschaftshochschule IMD ihre «[AI Safety Clock](#)» von 23.42 Uhr auf 23.45 Uhr vorgerückt. Noch nie stand die Uhr, die den Zeitpunkt einer ausser Kontrolle geratenen künstlichen Intelligenz (KI) anzeigen soll, so nahe an Mitternacht. Das IMD begründet diesen Schritt damit, dass autonome Agenten eine Schwelle überschritten haben: Sie können inzwischen Transaktionen ausführen, Computer bedienen, Berechtigungen behalten und teilweise über ihren Zuständigkeitsbereich hinaus handeln. Gleichzeitig fasst die KI in der physischen Welt, in kritischen Infrastrukturen und im Militär Fuss. Wie weit diese Autonomie reicht, zeigte sich im Juli 2026: Rund 1'200 Agenten von OpenAI, die isoliert arbeiten sollten, entdeckten ein nicht autorisiertes Forum und tauschten dort über 70'000 Nachrichten und Dateien aus. Rund 700 von ihnen beteiligten sich zudem am Angriff auf Hugging Face. Die Agenten koordinierten auch Versuche, Evaluationssysteme zu umgehen, und suchten nach Wegen, ihre Spuren zu verändern oder zu verwischen.

GOOD NEWS

Am 23. September hat Deutschland seine [Roadmap für die schrittweise Abkehr von fossilen Energien](#) bis spätestens 2045 veröffentlicht. Die Roadmap sieht insbesondere vor, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion bis 2030 von 55 % auf 80 % zu erhöhen, mit zusätzlich 12 Gigawatt (GW) Windkraft an Land und einem Ziel von 215 GW Solarenergie. Zudem bekräftigt sie den Kohleausstieg 2038, womöglich schon 2035, und will die Methanemissionen gemäss der globalen Verpflichtung von 2021 bis 2030 um 30 % senken. Methan ist ein Treibhausgas, das 80-mal stärker wirkt als CO₂. Deutschland ist damit nach Frankreich und den Niederlanden die dritte grosse entwickelte Volkswirtschaft, die eine solche Roadmap vorlegt. Den Anstoss gab eine [grosse internationale Konferenz](#) im vergangenen April in Kolumbien, an der sich die Teilnehmenden verpflichtet hatten, Pläne für einen vollständigen Ausstieg vorzulegen.

Gemäss einer [halbjährlichen Studie von Morgan Stanley](#) haben nachhaltige Fonds im ersten Halbjahr 2026 besser abgeschnitten als traditionelle Anlagefonds: Ihre Medianrendite lag bei 4.9 % gegenüber 4.0 %. Noch deutlicher fällt der Vergleich langfristig aus. Eine hypothetische Investition von 100 Dollar in einen nachhaltigen Fonds im Dezember 2018, als Morningstar die Klassifizierung nachhaltiger Fonds einführte, wäre heute auf 171 Dollar angewachsen. Dieselben 100 Dollar in einem traditionellen Fonds wären im gleichen Zeitraum auf 159 Dollar gestiegen, vorausgesetzt, in jeder Periode wurden die Medianrenditen erzielt.

Schliesslich zeigt die [jährliche Umfrage von FTSE Russell](#) zu nachhaltigen Anlagen bei 402 Asset Owners aus 24 Ländern eine Rückkehr auf das Niveau vor 2022. So berücksichtigen inzwischen 84 % der Befragten Nachhaltigkeit in ihrer Anlagestrategie, gegenüber 73 % im Jahr 2025. Auch in den Portfolios setzt sich die Integration durch: 51 % wenden Nachhaltigkeitskriterien auf mehr als die Hälfte ihrer Vermögenswerte an, gegenüber 26 % im

Vorjahr. Governance, Steuern und Aktionärsrechte werden zur obersten Priorität (32 % der Befragten gegenüber 18 % im Jahr 2025), namentlich wegen Bedenken zur Governance der KI-Giganten. Auch das physische Klimarisiko gewinnt an Bedeutung (von 19 % auf 26 %): Ein Viertel der Befragten stuft die eigene Besorgnis mit 10 von 10 ein, gegenüber 11 % im Vorjahr, und 52 % berücksichtigen dieses Risiko inzwischen in ihrer strategischen Vermögensallokation, gegenüber 36 %.



ENGAGEMENT UPDATE

Im September hat sich die Ethos Stiftung der Initiative «[Healthy Markets](#)» angeschlossen, einer von ShareAction koordinierten kollektiven Engagement-Kampagne bei rund zehn grossen Lebensmittel- und Getränkeherstellern. Adipositas und ungesunde Ernährung zählen zu den grössten Herausforderungen für die öffentliche Gesundheit, und einige wenige Unternehmen haben erheblichen Einfluss auf die Ernährungsgewohnheiten. Sie stehen deshalb in der Verantwortung, das Recht auf ausreichende und nährstoffreiche Nahrung zu respektieren. Für Investoren geht es auch um finanzielle Risiken: Strengere Regulierungen und veränderte Erwartungen der Konsumentinnen und Konsumenten setzen jene Unternehmen unter Druck, die sich nur zögerlich anpassen. Im Dialog, mit Fragen an Generalversammlungen und nötigenfalls mit Aktionärsanträgen fordert die Koalition die Zielunternehmen, darunter

AKTUALITÄT ZU DEN GENERALVERSAMMLUNGEN

Der September stand im Zeichen der ausserordentlichen Generalversammlung von Perrot Duval: 83.7 % der Aktionärinnen und Aktionäre stimmten dem umgekehrten Zusammenschluss (Reverse Takeover) mit Infomaniak zu. Damit ist der Börsengang des Genfer Unternehmens besiegelt, das auf Web- und Cloud-Hosting spezialisiert ist und sich stark für Datenschutz, digitale Souveränität und einen ökologischen Betrieb seiner Rechenzentren engagiert. Ethos hatte empfohlen, der Fusion zuzustimmen. Ausnahmsweise akzeptierte Ethos auch die Struktur mit privilegierten Stimmrechten, da diese einer gemeinnützigen Stiftung zugutekommt, welche die Unabhängigkeit und die digitale Souveränität der Gruppe sicherstellt.

Ebenfalls im September fand die ausserordentliche Generalversammlung von Leonteq statt. Sie wurde unter anderem einberufen, um erneut über die Entlastung für die Geschäftsjahre 2024 und 2025 abzustimmen. Dieses Traktandum war im April in letzter Minute von der Tagesordnung der GV genommen worden, unter anderem wegen des Widerstands von Ethos. Da der Verwaltungsrat diesmal zwei getrennte Abstimmungen vorsah, empfahl Ethos, die Entlastung für 2024 abzulehnen, das Jahr der von der FINMA sanktionierten Verfehlungen, jene für 2025 hingegen zu unterstützen. Ausschlaggebend waren die Umsetzung der von der Aufsichtsbehörde angeordneten Massnahmen und die

Nestlé, auf, gesündere Produkte zu fördern und messbare Ziele zur Verbesserung der Nährwertqualität ihres Sortiments festzulegen. Zudem ruft sie die Unternehmen auf, das Marketing für zu fett-, zucker- oder salzhaltige Produkte einzuschränken, insbesondere gegenüber Kindern, und Informationen zur Nährwertqualität ihrer Verkäufe offenzulegen. Der Dialog mit Nestlé hat bereits Früchte getragen: Das Unternehmen hat seine Transparenz bezüglich der Nährwertqualität seines Produktportfolios deutlich verbessert. Nun muss es sich noch ehrgeizige Verbesserungsziele setzen.

Ausserdem haben die Heartland Initiative und TrustWorks Global einen Leitfaden für Investoren zu Konflikt- und Hochrisikogebieten (Conflict-Affected and High-Risk Areas, CAHRAs) veröffentlicht, den die [Ethos Stiftung offiziell unterstützt](#). Unternehmen, die in diesen Regionen tätig sind, setzen sich Risiken aus, die herkömmliche ESG-Ansätze nicht immer erfassen: Mitverantwortung für Menschenrechtsverletzungen, Sanktionsrisiken oder Reputationsschäden. Doch nur wenige Investoren verfügen über eine Methode, um diese Risiken zu erkennen. Der [praxisorientierte Leitfaden](#) hilft ihnen, die Risiken in ihren Portfolios zu identifizieren und zu priorisieren und den Dialog mit den betroffenen Unternehmen aufzunehmen, bevor eine Krise ausbricht.

Erneuerung von Geschäftsleitung und Verwaltungsrat. Ethos lehnte zudem die beiden Aktionärsanträge ab: ein Aktienrückkaufprogramm von bis zu 100 Millionen Franken, das angesichts der finanziellen Lage verfrüht erscheint, sowie eine variable Vergütung in Aktien für den Verwaltungsrat, die den Grundsätzen guter Corporate Governance widerspricht. Das Aktionariat genehmigte jedoch den Aktienrückkauf (82.8 %) und die variable Vergütung des Verwaltungsrats (63.1 %) sowie die Entlastung für 2024 und 2025 (mit 96.4 % bzw. 98.1 % der Stimmen).



ZAHL DES MONATS

So viel, in Milliarden Franken, hat der Hitzesommer die Schweiz gemäss einer [Studie des Schweizerischen Städteverbands](#) gekostet, die die Einbussen bei der Arbeitsproduktivität von Juni bis August 2026 untersucht. Und dabei endet die Berechnung Ende August und berücksichtigt weder Infrastrukturausfälle noch weitere wirtschaftliche Folgen wie vorzeitige Todesfälle. Zum Vergleich: Die Referenzstudie der ETH Zürich beziffert die hitzebedingten Produktivitätsverluste in einem durchschnittlichen Sommer

auf rund 665 Millionen Franken. Der für 2026 berechnete Medianwert ist somit rund dreimal so hoch.



Credit: Jadranko Marjanovic

ZITAT DES MONATS

«Wir haben nicht den Luxus der Zeit, aber wir verfügen über das Wissen, die Fähigkeiten und die Lösungen, um den Kurs zu ändern. Es ist entscheidend, die Massnahmen zur Rückkehr in den sicheren Handlungsraum bei allen planetaren Grenzen zu beschleunigen, um Leben und Lebensgrundlagen zu schützen und das Versprechen eines gemeinsam geteilten künftigen Wohlstands einzulösen», erklärte Johan Rockström, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) und Mitautor des Berichts [«Planetary Health Check 2026»](#).

AKTUELLES BEI ETHOS

Am 15. September hat die Ethos Stiftung ihr [neues Weiterbildungsmodul für Fortgeschrittene](#) zu den Klimastrategien institutioneller Investoren lanciert. Es richtet sich in erster Linie an Vertreterinnen und Vertreter von Vorsorgeeinrichtungen, die Vorsorgegelder über einen sehr langen Zeitraum verwalten. Das Modul erklärt zunächst die wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen des Klimawandels und zeigt dann auf, welche Mittel Investoren, und damit auch Pensionskassen, zur Verfügung stehen, um damit bestmöglich umzugehen. Nach einer kurzen Einführung in die verschiedenen Klimarisiken (physische, operative, regulatorische, rechtliche usw.) stellt das Modul konkrete Massnahmen vor, die Investoren ergreifen können, veranschaulicht mit zahlreichen Beispielen und ergänzt mit praktischen Tipps.

Die Ethos Stiftung ist zudem an der Konferenz Building Bridges 2026 gut vertreten, die vom 6. bis 8. Oktober in Genf stattfindet. Am Mittwoch, 7. Oktober, nimmt unser Direktor Vincent Kaufmann an einer [Session zum «Rentenparadox»](#) teil: Wie lassen sich in der heutigen Welt Renditen erzielen, ohne die Zukunft kommender Generationen aufs Spiel zu setzen? Die Session geht dieses Paradox direkt an. Sie beleuchtet, was die Zahlen zeigen, was die treuhänderische Pflicht bedeutet, wenn Systemrisiken dominieren, und wie ein Rentensystem für das 21. Jahrhundert aussehen könnte. Am Dienstag, 6. Oktober, nimmt unser Leiter Engagement Matthias Narr an einem [Workshop zur wachsenden Ungleichheit](#) und zu den Möglichkeiten des Finanzsektors teil, ihr entgegenzuwirken.

PRESSESPIEGEL

- [Der Fall Sunrise lässt aufhorchen: Erfasst die KI-Entlassungswelle die Grosskonzerne?](#) (NZZ, 26.09.26)

- « [Nous n'avons plus d'autre choix que de nous adapter au changement climatique](#) », [entretien avec Vincent Kaufmann, directeur de la Fondation Ethos](#) (SwissPowerShift, 25.09.26)
- [Reporting climatique: les règles s'allègent, pas les besoins](#) (L'Agefi, 17.09.26)
- [Reporting semestriel: le pari contesté des Etats-Unis](#) (L'Agefi, 17.09.26)
- [Klima-Label findet bei Banken nur langsam Anklang](#) (AWP 02.09.26)

Abonnieren

Die **Ethos Stiftung** schliesst mehr als 250 schweizerische Pensionskassen und andere steuerbefreite Institutionen zusammen. Sie wurde 1997 zur Förderung einer nachhaltigen Anlagetätigkeit und eines stabilen und gesunden Wirtschaftsumfelds gegründet.



Das Unternehmen **Ethos Services** betreut Beratungsmandate für nachhaltige Anlagen. Ethos Services bietet nachhaltige Anlagefonds, Analysen von Generalversammlungen mit Stimmempfehlungen, Programme für den Aktionärsdialog mit Unternehmen sowie Nachhaltigkeits-Ratings und -Analysen von Unternehmen an. Ethos Services ist Eigentum der Ethos Stiftung und mehrerer Mitgliedsinstitutionen der Stiftung.

